

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckerschrift: Tagesblatt wiesn.
Gesamt Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Kurthauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1338
Stroße Riesa Nr. 82

Nr. 35.

Montag, 11. Februar 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7,9 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für den Monat Februar 1924 2 Mark 60 Pf. einschließlich Bringerlohn. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabentages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraumbewerben und Labels, wie: Kap. 50%, Kündigung, freie Läufe, Bemühter Rabatt erteilt, wenn der Betrag vorläufig, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Ständige Anzeigenbestellungen, Erhöhungen an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Leser keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Bürgerlicher Wahlsieg in Thüringen.

Sehr starke Wahlbeteiligung.

Erfurt. Die gestrigen Wahlen zum thüringischen Landtage haben trotz der vorantreibenden lebhafte Propaganda des Ordnungsbundes und der sozialistischen Parteien den denkbar ruhigsten Verlauf genommen. Nur in der Stadt Gumburg a. S. ist es nach den bisher vorliegenden Meldungen zu einer kleineren Anwesenheit gekommen. Trotz dem vom Militärbehörden erlassenen Verbot des Ausschanks stark alkoholischer Getränke kam es in einem Streit zwischen deutschnationalen und sozialdemokratischen Wählern, der mit Biergläsern ausgefochten wurde und einen Tumult im Wahllokal herbeiführte. Nach den bisher vorliegenden Meldungen aus Weimar, Eisenach, Apolda, Gotha, Jena, Arnstadt, Meiningen, Gera usw. war die Wahlbeteiligung außerordentlich hoch; sie wird in den einzelnen Wahlbezirken zwischen 80 und 90%, teilweise sogar bis 95%, geschätzt. Um 7 Uhr abends wurde der Wahlgang geschlossen.

Einzelsergebnisse

der thüringischen Landtagswahlen.

Erfurt: Ordnungsbund 19672, Deutschösterreichische 6873, Freier Wirtschaftsbund 720, USPD. 14475, NSDAP. 1576, SPD. 7925.
Bönned: Ordnungsbund 3142, Deutschösterreichische 1333, USPD. 1819, Kommunisten 6727.
Gotha: Ordnungsbund 9010, Deutschösterreichische 4587, USPD. 1933, Kommunisten 6727.
Saalfeld: Ordnungsbund 4294, Deutschösterreichische 311, Freier Wirtschaftsbund 16, USPD. 3164, Kommunisten 1938.
Jena: Ordnungsbund 14210, Deutschösterreichische 2414, Freier Wirtschaftsbund 241, USPD. 6150, NSDAP. 17, Kommunisten 8668.
Eisenach: Ordnungsbund 11536, Deutschösterreichische 2120, Freier Wirtschaftsbund 42, USPD. 5740, NSDAP. 1600, Kommunisten 3590.

Der Goldbauplan der Sachverständigen.

Der bedeutendste Schritt zur Stabilisierung.

Berlin. Das erste Sachverständigenkomitee veröffentlicht folgende Mitteilung: Die Arbeiten des ersten Sachverständigenkomitees haben dazu geführt, mit Einmütigkeit in großen Zügen den Plan festzulegen, den es für die Errichtung einer neuen deutschen Goldnotenbank anempfiehlt, die ihre eigenen Noten gegen diejenigen der Notenbank und der Reichsbank austauschen soll. Die diesem Entwurf zugrunde liegenden allgemeinen Prinzipien sind dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zur Kenntnis gebracht worden, der durchaus den Eindruck hat — unter dem auch die Sachverständigen selber stehen —, daß, falls dieser Entwurf zur Ausführung gelangt, er sich als der bedeutendste Schritt zur endgültigen Stabilisierung der deutschen Währung und zur Ausbalancierung des deutschen Etats erweisen wird. Das Sachverständigenkomitee wird der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen, daß der Plan, den es der Kommission unterbreiten werde, baldmöglichst zur Ausführung gebracht werden soll. Dr. Schacht hat dem Komitee erklärt, daß er bei Aufstellung seiner Pläne für die Errichtung einer Goldbank es so einrichten wollte, daß ihr Aufgaben in die von dem Komitee vorgeschlagene Notenbank einfließen würde. Herr Dr. Schacht wird am 18. d. Mts. mit dem Sachverständigenkomitee in Paris wieder zusammentreffen.

Dazu wird dem WZV. von unterrichteter Seite geschrieben: Die offizielle Auslassung des Sachverständigenkomitees, daß seine Vorschläge in Berlin hiermit vorerst beendet haben dürfte, zeigt in erfreulicher Weise, daß die Zusammenarbeit zwischen den in Frage kommenden deutschen Stellen und dem Komitee zu einem befriedigenden Ergebnis geführt hat. Das Komitee, das von der Reparationskommission den Auftrag empfangen hat, Vorschläge für eine definitive Stabilisierung der deutschen Währung zu machen, hat seine Arbeiten von vornherein und unverändert auf diesen Endzweck gerichtet. Der dahingehende Plan hat die Vereinheitlichung der bisherigen verschiedenen deutschen Zahlungsmittel auf einer einzigen Goldbasis zum Ziel. Die Vorschläge, die das Komitee dabei leitet, sind derart, daß auch von deutscher Seite ein Erfolg daraus erwartet wird. Andererseits hat das Komitee niemals verkannt, daß unsere derzeitige Wirtschaft- und Währungsverhältnisse ein promptes Handeln erfordern. Die Sachverständigen werden die Auffassung der Reparationskommission gegenüber zum Ausdruck bringen und zeigen durch die bereits für den 13. d. Mts. in Paris angelegte Fortführung der gemeinsamen Arbeiten, daß es ihnen mit der beschleunigten Lösung des Problems ernst ist. Um die von dem Reichsbankpräsidenten eingeleiteten Arbeiten auf baldige Heranziehung inländischer und ausländischer Goldkapitals für die Zwecke der deutschen Wirtschaft nicht zu behindern und ihre Weiterführung zu ermöglichen, hat die Kommission die Erklärung des Reichsbankpräsidenten entgegengenommen und in ihrem Kommando zum öffentlichen Ausdruck gebracht, daß die Arbeiten des Reichsbankpräsidenten so geführt werden, daß das Aufgeben der heranzustellenden Kapitalien in dem von den Sachverständigen ins Auge gefassten definitiven Plan vorgesehen

Eisenach-Bund: Ordnungsbund 21484, Deutschösterreichische 1182, USPD. 9254, NSDAP. 458, Kommunisten 7872.
Arnstadt: Ordnungsbund 5286, Deutschösterreichische 1840, Freier Wirtschaftsbund 21, USPD. 3161, Kommunisten 3010.
Sonneberg: Ordnungsbund 5078, Deutschösterreichische 580, USPD. 4472, Kommunisten 2623.
Meiningen: Ordnungsbund 2677, Deutschösterreichische 1178, Freier Wirtschaftsbund 8, USPD. 2274, Kommunisten 1507.
Weimar: Ordnungsbund 12293, Deutschösterreichische 4671, USPD. 4090, NSDAP. 950, Kommunisten 3881.
Sonderhausen: Ordnungsbund 3450, Deutschösterreichische 1058, USPD. 1534, Kommunisten 1591.
Jella-Melsch: Ordnungsbund 2004, Deutschösterreichische 1119, USPD. 1642, Kommunisten 3111.
Meiningen: Ordnungsbund 4200, Deutschösterreichische 2073, USPD. 1996, Kommunisten 1121.
Rudolstadt: Ordnungsbund 4361, Deutschösterreichische 2577, USPD. 1849, NSDAP. 731, Kommunisten 1780.
Cherub: Ordnungsbund 1417, Deutschösterreichische 916, USPD. 350, Kommunisten 1382.

Bürgerlicher Wahlsieg auch in Lübeck.

Lübeck. Bei den gestrigen Bürgerlichswahlen wurden folgende Stimmen abgegeben: Kommunisten 8996, Sozialdemokraten 2526, Haus- und Grundbesitzer 7871, Demokraten 6558, Wirtschaftsgemeinschaft (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bürgerbund) 19506, Deutschösterreichische 5402. Es ergaben demnach die Kommunisten 10, die Sozialdemokraten 26, Haus- und Grundbesitzer 8, Demokraten 7, Wirtschaftsgemeinschaft 21, Deutschösterreichische 6 Sitze. Während sich die Bürgerliche bisher aus 45 Sozialdemokraten und Kommunisten und 35 Bürgerlichen zusammensetzte, stellen nunmehr 38 Abgeordnete der Linken 42 Bürgerliche gegenüber.

Fortbestehen der deutschen Eisenbahnverwaltung in Köln.

Ein deutsch-englischer Erfolg.

Köln. Die Verhandlungen der Rheinlandkommission in Koblenz haben dazu geführt, daß das Koblenzer Abkommen über die Eisenbahnfrage vom 14. Dezember 1923 als noch vivendi angenommen wurde. Danach bleibt also die deutsche Eisenbahnverwaltung im Reichsbahnrat bestehen. Zur Regelung der in dem Abkommen vom 14. Dezember 1923 vorgesehene technischen Fragen sind technische Ausschüsse aus englischen, französischen und deutschen Eisenbahntechnikern gebildet worden, die bereits am Montag in Mainz zusammentreten werden. In Zukunft soll sowohl der Personen- wie der Güterverkehr nach allen Richtungen hin wieder durchgehend abgefertigt werden. Von heute morgen an wird bereits eine Verbesserung des Personenverkehrs bei den internationalen Linien nach Frankreich und Belgien durchgeführt werden, indem diese Linien in nur noch eine Minute halten, während der Lokomotivwechsel in Düren stattfindet, statt wie bisher in Buir. Die Jüge gewinnen dadurch eine halbe Stunde Zeit.

Die Kölnische Volkszeitung meldet zur Lösung der Eisenbahnfrage im britischen Sektor, daß auf englischer Seite die Verhandlungen in Koblenz von dem Chef der Interalliierten Eisenbahn-Unterkommission Oberst Stanton geführt worden sind. Der englische Standpunkt sei gewahrt worden, die Kölner Reichsbahndirektion in deutscher Hand geblieben. Es handelt sich um die 6 Hauptlinien Köln-Ruhr, Köln-Düsseldorf, Köln-Breidenbrunn, Köln-Bonn, Köln-Troisdorf und Köln-Kirchberg. Die Reichsbahn habe, um den Durchgangsverkehr endlich zu erreichen, bedeutende finanzielle Opfer gebracht. Mit deutschem Geld in Köln oder im übrigen britischen Sektor gelöste Fahrkarten gelten für die Reise nach jeder Station des Regie-Betriebes. Ihre Abrechnung erfolgt in Köln. Bis der Verlosungsverkehr Düren-Wachen von der Regie durchgeführt werden kann, halten die internationalen D-Jüge noch in Buir, um Reisende aus dem Dürener Bezirk aufnehmen zu können. Die Reichsbahndirektion Köln ist mit allen Kräften bestrebt, in erster Linie auf der so wichtigen Strecke Köln-Düsseldorf den Durchgangsverkehr in Gang zu bringen.

Scharfes französisches Urteil über die Regie.

Paris. Das Abkommen über den Eisenbahnverkehr in der britischen Zone gibt dem Journal des Débats Anlaß zu der Erklärung, daß die französisch-britische Eisenbahnregie baldigst verschwinden müsse. Im Interesse der Verwaltungen und des besetzten Gebietes müßten die fremden Eisenbahnen nach Hause geschickt werden. Es sei lächerlich geworden, die Regie als eine Quelle der Wohlhabendheit und als ein brauchbares Instrument für die Zukunft hinzustellen.

Die Novelle zum Reichswahlgesetz.

Berlin. Die vom Reichskabinett genehmigte Novelle zum Reichswahlgesetz ist am Sonntag dem Reichsrat vorgelegt worden, und wird nach Zustimmung des Reichsrats demnächst beim Reichstag eingebracht werden.

Die Zahl der Reichstagsabgeordneten wird auf 399 festgesetzt. Die 16 Wahlkreisverbände werden in Wahlkreise mit durchschnittlich 350 000 Einwohnern unterteilt. Insgesamt ergeben sich 156 Wahlkreise. Die Verteilungszahl 60 000 wird auf 75 000 erhöht. Jeder Kreiswahlvorstand darf nicht mehr als zwei Bewerber benennen und muß ein Kennwort tragen. Innerhalb eines Verbandes gelten Wahlvorschlüge mit dem gleichen Kennwort als untereinander verbunden. Verbände ohne Wahlvorschlüge gelten den anderen Kreiswahlvorständen gegenüber als ein Wahlvorstand. Ein und derselbe Wahlvorstand kann innerhalb eines Verbandes in mehreren Wahlkreisen aufgestellt werden.

Damit wird ein einheitliches Verfahren ermöglicht und den Bedürfnissen der Parteien nach ihren verschiedenen Stärkeverhältnissen in den einzelnen Wahlkreisen Rechnung getragen. Jedem Wahlvorstand und jeder Gruppe verbundener Wahlvorschlüge werden zwei Abgeordnete zugeordnet, die je einer auf 75 000 für sie abgegebene Stimmen kommt. Die bei dieser Verteilung unberücksichtigt bleibenden Stimmen gelten als Reststimmen und werden dem Reichswahlvorstand zur Bewertung überwiesen. Die auf eine Gruppe verbundener Wahlvorschlüge entfallenden Abgeordnetenstimmen werden auf die einzelnen miteinander verbundenen Wahlvorschlüge nach dem Höchstzahlensystem d'Hondt unterteilt. Die einzelnen Wahlvorschlüge werden also nach ihrem Wahlerfolg bei Berechnung der Abgeordnetenstimmen beteiligt. Beim Ausschneiden eines Abgeordneten tritt als Ersatzmann der Bewerber des Wahlvorschlages mit der nächsten Höchstzahl ein. Die auf Reichswahlvorschlüge überwiegenen Reststimmen werden zusammengezählt, jeder Reichswahlvorstand erhält auf je 75 000 Reststimmen ein Mandat.

Reichstagswahlen voraussichtlich am 15. Juni 1924.

Wie aus politischen Kreisen verlautet, werden die Reichstagswahlen voraussichtlich am Sonntag, den 15. Juni 1924, stattfinden. Bei den vorigen Reichstagswahlen waren der Präsident des Statistischen Reichsamtes Teilbrand zum Reichswahlleiter und zu seinem Stellvertreter der Geheimrat Regierungsrat Dr. Gustav Teinus zum Reichsminister des Innern ernannt worden. Nachdem Präsident Teilbrand infolge Erreichung der Altersgrenze aus dem Reichswahlleiters ausgeschieden ist, werden die Geschäfte des Reichswahlleiters von seinem Stellvertreter Dr. Teinus weitergeführt.

Die Reichstagswahlen voraussichtlich nach den bisherigen Bestimmungen.

Berlin. Zwischen dem Reichsfiskus und den Parteiführern waren am Sonntag Besprechungen über die Aenderung des Reichswahlgesetzes. In der Aussprache wurden die Bedenken dahingehend geltend gemacht, ob es möglich wäre, bei den vom Reichstage vor seiner Auflösung noch zu bewältigenden großen Aufgaben die nötige Zeit für die Beratung und Verabschiedung des vom Reichskabinett beschlossenen Entwurfs zur Aenderung des Reichswahlgesetzes zu gewinnen. Man ist infolgedessen übereingekommen, von einer Weiterleitung des dem Reichstag bereits zugegangenen Entwurfes an den Reichstag abzusehen. Die nächsten Reichstagswahlen Mitte Juni werden also nach den bisherigen Bestimmungen des Reichswahlgesetzes durchgeführt werden.

Verschiebung des Hitler-Prozesses auf den 26. Februar.

München. Der Vorsitzende des Volksgerichts München I, Landgerichtsdirektor Reibhardt, hat nach Rücksprache mit den beteiligten Instanzen die Verschiebung des Hochverratsprozesses gegen Hitler, Ludendorff und Gessloff und die Verlegung an einen anderen Verhandlungsort angeordnet. Der Prozeß nimmt nach der neuen Festsetzung nicht am 18., sondern erst am 26. Februar, vor mittags 9 Uhr, seinen Anfang. Als Verhandlungsort wurde die ehemalige Kriegsschule in der Stutenburgstraße bestimmt. Zu den bisherigen Angeklagten kommt als weiterer Ludendorffs Stiefsohn, Oberleutnant a. D. Berner, hinzu. Eine Ausdehnung der Anklage auf die Herren Kahr, Hoffow und Seifer, wie sie von der Ludendorff-Partei gefordert wird, ist dagegen nicht zu erwarten.

Das Sparprogramm der französischen Regierung.

Paris. Die Kammer wird sich heute mit dem Artikel 2 des Finanzgesetzes beschäftigen. Dieser Artikel hat folgenden Wortlaut: Vom Inkrafttreten des Gesetzes ab unterbleibt bis zum Ausgange des Geschäftsjahres 24 die Schaffung irgendwelcher neuer Dienststellen und auch die Einstellung neuer Kräfte. Im Falle dringender Notwendigkeit können durch besonderen vom Ministerpräsidenten und vom Finanzminister unterzeichneten Erlaß Ausnahmen zugelassen werden. Es ist anzunehmen, daß dieser Artikel ohne längere Debatte zur Annahme gelangt. Eine außerordentlich heftige Diskussion wird sich aber dann über den Artikel 3 entzünden, der auf eine 20 prozentige Erhöhung der Steuern Bezug nimmt. Dieser Artikel lautet folgendermaßen: Vom 1. Januar 24 ab werden nach den Bestimmungen des Finanzgesetzes zu sämtlichen Steuern und Abgaben 20% mehr erhoben. In den Wandelungen des Palais Bourbon gibt man der Ansicht Ausdruck, daß die Abgeordneten, die auf ihre Wiederwahl bedacht sind, besonders schwerlich diesen Artikel unterschreiben werden.